

Kösliner Volksblatt

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. - Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postfach-Konto Danzig Nr. 1989

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung

Nr. 16.

Sonntag, den 19. Januar 1919.

17. Jahrgang

Die Wahl zur Nationalversammlung

sieht vor der Tür! Sie bedeutet etwas ganz anderes als eine Reichstagswahl der früheren Zeit; der Reichstag stand nur neben Kaiser und Bundesrat, und diese konnten ihn, wenn er es ablehnte, sich mit ihnen zu einigen, auflösen und nochmals sich an die Wähler wenden. Die Nationalversammlung vereint in sich alle Rechte, die Kaiser, Bundesrat und Reichstag zusammen ausübten, und sie allein entscheidet über die wichtigsten Fragen unseres Staatslebens. Sie entscheidet über das, was unter Religionsfreiheit zu verstehen ist, über Monarchie oder Republik und ob sozialistische oder bürgerliche Republik.

Heute, wo es auf alles ankommt, muß jeder Mann, aber auch jede Frau zur Wahl gehen, und deshalb fordern wir in jeder Stunde nochmal und eindringlich alle Männer und Frauen, Jünglinge und Mädchen auf, bei der am Sonntag, dem 19. Januar, stattfindenden

Wahl zur Deutschen Nationalversammlung

Ihr Wahlrecht auszuüben und ihre Stimmen auf die Kandidatenliste der

Deutschnationalen Volkspartei

zu vereinigen. Die Wahl beginnt vormittags um 9 Uhr und dauert ununterbrochen bis abends 8 Uhr, die Stimmzettel, die bei der Wahl abzugeben sind, müssen folgende Namen enthalten:

1. Gustav Malkewitz, Zeitungsverleger, Ehrenmeister der Handwerkskammer Stettin, Stettin, Friedrich-Karlstraße 19.
2. Willm Jandrey, Bauernhofbesitzer, Klein-Raddow, Kr. Regenwalde.
3. Margarete Behm, Hauptvorsitzende des Gewerkschafts der Heimarbeiterrinnen, Rehendorf bei Berlin.
4. Hermann Ginzlas, Postsekretär, Stettin, Gabelbergerstraße 8.
5. Rudolf Klender, Arbeitersekretär, Stolp i. Pom.
6. Hans Schlange, Landwirt, Schöningen, Kr. Raddow.
7. Bruno Drhmann, Lehrer, Stettin, Pefalozstraße 8.
8. Ernst Mengel, Syndikus der Handwerkskammer Stettin, Stettin, Münzstraße 12.
9. Elfe Wallis, Gutbesitzerin, Stilmow, Kr. Greifswald.
10. Otto Weglow, Bauernhofbesitzer, Streis, Kr. Köslin.
11. Emil Steltner, Mühlenbesitzer, Jarben, Kr. Greifenberg i. Pom.

Sollten in einzelnen Wahlbezirken Stimmzettel fehlen, so genügt es, nach den gesetzlichen Bestimmungen auch, wenn der Zettel nur den ersten Namen trägt; er gilt auch in diesem Fall als für die ganze Liste abgegeben, weil die Letztere ja als Wahlvorschlagn der Deutschnationalen Volkspartei bei dem Wahlkommissar eingereicht worden ist.

Und nun erfülle jeder seine Pflicht!

Nur mit Hilfe seiner nationalgesinnten Bewohner kann das durch die Revolution niedergebrosene Vaterland wieder aufgerichtet und zu künftiger Blüte gebracht werden. Unser Volk ruft und sehnt sich nach Ruhe und Sicherheit, nach Recht und Ordnung, es verlangt die Beendigung der revolutionären Gewalttätigkeiten und die Rückkehr gesetzmäßiger Zustände. Da gilt es mit dem Stimmzettel zu beweisen, daß dieses Ziel erreicht wird, und daß die Wahl derer, die, wenn alle untreu werden, doch dem alten Deutschland die Treue halten, immer noch recht angesehen geblieben ist.

Der seine Ehrenpflicht nicht genügt, wer der Wahl fernbleibt, trägt vor der Gegenwart und vor der Zukunft die schwere Verantwortung für das maßlose Unheil, das ein Wahlsieg der revolutionären Parteien über unser deutsches Volk heraufbeschwört.

Niemand laze, auf seine Stimme komme es nicht an, es geht um die Zukunft des Vaterlandes, und da darf kein bürgerlicher Wähler, ob Frau oder Mann, an der Wahlurne fehlen. Soll das Deutsche Reich aus den Trümmern zu neuem Ansehen und zu neuer Macht erstehen, dann, Wähler, säumt nicht und gebt alle eure Stimme der Liste der

Deutschnationalen Volkspartei!

Rundschau.

Für Groß-Deutschland.

Die Weltmachstellung des Deutschen Reiches ist vernichtet. An einen Aufbau ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. Die Revolution hat, nicht weniger als die Feinde, sich bemüht, jeden Gedanken an deutsche Weltgeltung aus den Herzen des Volkes zu reißen. Um so härter ist das Verlangen nach einer Einigung aller Deutschen, die Sehnsucht nach einem Altdeutschland. Die Revolution ist nicht der Träger dieses Gedankens; die Männer des Tages von heute sind nicht die Erben der Großdeutschen des Jahres 1848. Im Gegenteil, die im Geleise der Revolution gekommene Vermittlung im Reich hat stark lähmend gewirkt, hat die Begeisterung, die in Deutsch-Oesterreich für einen Zusammenschluß aufgelohtet war, gedämpft. Immerhin, das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist bestehen geblieben; der Gedanke des Selbstbestimmungsrechtes auch für die Deutsche; fordert den Zusammenschluß. Deshalb ist es zu begrüßen, daß die auf der Berliner Pressekonferenz zusammengeschlossenen Zeitungen, ungeachtet der Parteirichtungen, dem Willen auf Vereinigung Ausdruck geben wollen. Auf ihre Veranlassung erfolgt eine Rundschau für Groß-Deutschland, die ausdrücklich betont:

Wir demonstrieren heute mit der gesamten deutschen Presse für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation.

In Uebereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke fordern wir die sofortige Durchführung des am 12. November 1918 von der Deutsch-Oesterreichischen Nationalversammlung ausgeprochenen Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an Deutschland. Der Wille der Deutsch-Oesterreicher ist auch der unsere.

Wie grüßen unsere Brüder in Deutsch-Oesterreich, besonders auch die tarferen Vereidigten Deutsch-Böhmens, des Sudetenlandes und der deutschen Südalpen als Bürger Groß-Deutschlands.

Der neue Waffenstillstand unterzeichnet.

Berlin, 17. Januar. Die Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages ist gestern nachmittag in Trier von Staatssekretär Erberger unterzeichnet worden.

Wie eine weitere Mitteilung besagt, ist die Antwort der deutschen Reichsleitung auf die neuen Bedingungen des Verbandes bereits gestern nachmittag von Berlin nach Trier abgefaßt worden. Was ihren Inhalt betrifft, so wird darüber vorläufig noch jede Auskunft verweigert. Man wird indessen annehmen dürfen, daß unsere Reichsleitung kaum etwas anderes tun wird, als unter Protest die Bedingungen anzunehmen. Mit unseren Einsparungen werden unsere Unterhändler nicht mehr erreichen, als daß Marschall Foch in dem einen oder anderen unwesentlichen Punkte nachgibt. Wir bezweifeln übrigens, daß unsere Industrie trotz allen guten Willens in der Lage ist, bei der herrschenden Knappheit an Rohstoffen die verlangten Mengen der landwirtschaftlichen Maschinen in der geforderten Frist zu liefern. Unsere während des Krieges nach Belgien, Ungarn, Polen, Dänemark, der Ukraine, nach Rumänien, Bulgarien, nach Arabien, Syrien und Mesopotamien in Massen ausgeführten landwirtschaftlichen Hilfsmaschinen sind überdies unwiederbringlich verloren, zum Teil dürften sie, weil ihnen die sachverständige Bedienung mangelt, auf den Feldern verrotten. Wir warnen unsere Feinde, den Bogen zu überspannen, schon jetzt erwaht so nach und nach das Volk endlich aus seiner Erstarrung und der anfänglichen von vielen gehegten Glauben an Kokette des Gegners einem unbeflegten Volke gegenüber hat einer gewaltigen Ernüchterung Platz gemacht. Auch die größten Illusionisten sehen die Hoffnung, daß diesem Kriege eine Völkerveröhnung folgen werde, in immer weitere Entfernungen entschwinden.

Die Richtlinien der deutschen Regierung für die Friedenskonferenz.

Berlin, 18. Januar. Die Reichsregierung, die zu Vertretern der deutschen Delegation zur Friedenskonferenz den Staatssekretär Grafen von Brockdorff-Rantzau und den Volksbeauftragten Scheidemann bestimmte, hat in ihren letzten Kabinettsitzungen auch bezüglich der von den deutschen Vertretern einzuschlagenden Richtlinien Uebereinstimmung erzielt.

Die deutsche Abordnung wird Forderungen unserer bisherigen Gegner, die über das Wilsonsche Programm hinausgehen, ablehnen und sich der Weiterführung eines Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß zu widersetzen haben. Sie wird sich einsetzen für die sofortige Einstellung aller wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen, dagegen auf Billigkeit und Gerechtigkeit beruhende Vereinbarungen über die gegenseitige Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln treffen müssen und für die Zukunft eine wirtschaftliche Annäherung der Völker unter möglichst gleichmäßigen Bedingungen anstreben. Deutschland wird durch seine Vertreter seine Bereitschaft zu erklären, gemeinsam mit den anderen Staaten zu handeln, die sich mit der Durchführung des Waffenstillstandes hat Deutschland seine Abweisung im wesentlichen schon vollzogen, weshalb es um so ungerechtfertigter ist, daß unsere Gegner die deutschen Kriegsgefangenen immer noch zurückhalten. Auf der Heimführung aller gefangenen Deutschen haben unsere Delegierten schon bei Verhandlungsbeginn nachdrücklich zu bestehen. Sie werden für eine Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Programms eintreten und bei Behandlung der Territorialfragen in Europa und Vorderasien das große Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zugunsten anderer anerkennen, wie wir es auch zugunsten des deutschen Volkes beanspruchen müssen. Das gilt insbesondere für die polnische und elsaß-lothringische Frage. Endlich haben unsere Vertreter die Errichtung des Völkerbundes nach den Wilsonschen Grundgedanken nach Kräften zu fordern, weil hierdurch allein ein dauernder Frieden verbürgt wird.

Wählt die Liste Malkewitz-Jandrey!

Regierungsvorgänge.

a. Berlin, 18. Januar. Die Unterzeichnung der neuen Waffenstillstandsbedingungen hat die meisten Glieder der Reichsregierung überrascht. Allerdings hat Staatssekretär Erberger einige Milderungen durchzusetzen vermocht, aber die eingegangene Verpflichtung zur Erfüllung der übrigen Forderungen, besonders auf Auslieferung der Ausrüstungsgegenstände, hat die größte Beforgnis des Reichs-Ernährungs- und des Reichswirtschaftsamtes erweckt. Beide Ämter vertreten den Standpunkt, daß nunmehr der völlige Ruin der deutschen Landwirtschaft besiegelt ist und infolgedessen eine allgemeine Hungersnot unvermeidlich sei. Die Kürze der Zeit, innerhalb der die Bedingungen angenommen werden mußten, erlaubte es den Ministern wie auch verschiedenen Regierungsstellen nicht, ihre Bedenken zum Ausdruck zu bringen. Innerhalb der Regierung ist es deshalb zu ernststen Meinungsverschiedenheiten gekommen, wobei die Ansicht, es würde besser gewesen sein, die feindlichen Forderungen abzulehnen und den Gegnern die Verantwortung für die Folgen zuzuschreiben, immer breiteren Boden gewinnt. Ebenso hat das an sich schon sehr gespannte Verhältnis zwischen dem Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau und Erberger wegen des letzteren sehr selbstbewußten Verhaltens eine weitere Verschärfung erfahren. Dazu kommt die polnische und spartakistische Frage, bei denen ein Kompetenzkonflikt zwischen Regierung und Militär nicht ausgeschlossen ist. Die Regierung will die zur Säuberung Berlins von den Spartakus-Banden verwendeten Truppen sobald als möglich nach dem Osten zum Grenzschutz abschicken, während die Militärbehörde darauf dringt, daß Berlin als im Rücken der polnischen Front gelegen, durchaus gesichert und unverläßlich bleiben muß. Beide Dinge lassen sich aber nach militärischer Ansicht nicht miteinander vereinigen, sondern es muß für die Bestellung weiterer Truppeneinheiten gesorgt werden, wofür jedoch der Regierung zurzeit noch jede Möglichkeit fehlt. Der Fall Liebknecht-Luxemburg ist gerade als ein sehr ernstes Kapitel natürlich mitzuerwähnen. Die Stimmung der an ihm beteiligten Truppenteile macht sich bereits in scharfen Auslassungen in der Presse gegen die Regierung bemerkbar.

Ein brandenburgisch-pommernisch-mecklenburgischer Freistaat.

Berlin, 17. Januar. Das künftige Deutsche Reich soll nach der Verfassung, die gegenwärtig in der Ausarbeitung begriffen ist und der Nationalversammlung vorgelegt werden wird, aus einer Anzahl von Freistaaten bestehen. Die Zahl dieser Freistaaten soll 16 bis 18 betragen. Preußen soll, wie schon bekannt, zu diesem Zweck in eine Anzahl von Freistaaten, vielleicht acht, zerlegt werden. In der Verfassung werden auch die Gebiete angegeben sein, die sich zu Freistaaten vereinigen können oder sollen. In dieser Beziehung nimmt die Verfassung, wie wir hören, eine Vereinigung Pommerns, der beiden Mecklenburg und Brandenburgs zu einem brandenburgisch-pommernisch-mecklenburgischen Freistaate in Aussicht.

Heer und Regierung.

Berlin, 18. Januar. Durch den Tod der beiden Volksverhetzer Liebknecht und der Rosa Luxemburg haben sich die Verhältnisse in Berlin weiter verschärft. Die Beziehung zwischen dem Heere und der Regierung beginnen sich zuzuspitzen und das kann allerbald Folgen haben. Die Truppen beginnen sich endlich wieder zu fühlen. Sie sind es müde, sich beschimpfen zu lassen, und die Regierung in ihrer schwächlichen Rücksicht auf die unabhängigen Sozialdemokraten ist allem Anscheine nach auferstande, den Truppen diesen Schutz zu verleihen. Die Unabhängigen haben in einem Aufrufe die Tötung Liebknechts als Mordmord bezeichnet und haben deshalb mit einem Proteststreik gedroht.

Dagegen wendet sich mit wohlthuender Entschiedenheit eine Erklärung des Befehlshabers der Gardebrigade Kavalleriebrigade. In der Erklärung wird betont, es sei festgestellt, daß Liebknecht, als er flüchtete, erschossen worden sei. Die Behauptung, daß ein Mordmord vorliege, sei also unwahr. Ferner wird das Auftreten der unabhängigen Sozialdemokraten in Berlin als ein unerhörtes Eingreifen

in ein schwebendes Verfahren bezeichnet. Und dann kommt die Erklärung zu dem Entschluß an die Regierung um Schutz, indem sie betont, die Gardebrigade-Kavalleriebrigade habe bewiesen, daß sie die Regierung zu schützen vermag, nun aber solle die Regierung auch für den nötigen Schutz angehalten werden.

Es wird nunmehr darauf ankommen, ob die Regierung dies tun will und ob sie dazu imstande ist.

Die Umtriebe im Reich.

Hamburg, 17. Januar. Wie die Hamburger Nachrichten aus Rughaven melden, stand gestern morgen 8 Uhr, nachdem der Arbeiter- und Soldatenrat auf die gestellten Forderungen der Beamten nicht geantwortet hatte, plötzlich der Verlethe des staatlichen Betriebes still. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist heute abend bekannt, daß sein Beschluß vom 11., der zur Erklärung der Republik geführt hat, rückgängig gemacht wird. Der Hamburger Senat habe sich bereit erklärt, künftighin mit dem Arbeiter- u. Soldatenrat zusammenzuarbeiten.

Verlegung des Hauptquartiers nach dem Osten?

Der Sitz der Obersten Heeresleitung dürfte, wie verlautet, gegen Ende dieses Monats in eine Stadt im östlichen Teil Deutschlands verlegt werden.

Der Kampf um die Ostmark.

Bromberg, 17. Januar. (Antilly.) Eigene Artillerie beschoß das Forsthaus südlich Schleiß 6; südlich Hieron Patrouillenkämpfe. Ein Erlundungsorloß der Bromberger Matrosen-Abteilung fand Tannenloß und Antonloß vom Gegner frei, ein Panzerzug betämpfte ein polnisches Maschinengewehr bei Regwalde.

Die Gefährdung Schlesiens.

Breslau, 16. Januar. Im Breslauer Rathaus fand heute eine Konferenz der Behörden, der Presse, der Arbeitgeber und der Arbeiterführer statt, in der der Chef des Stabes des 8. aktiven Armeekorps nachdrücklich auf die schwere Gefährdung Schlesiens hinwies. Die Tschechen haben eine tieferprobte schlagfertige Armee von 500 000 Mann mit sicheren Geschützen und bedrohen von Braunau aus die Grafschaft Glatz. Die Polen besitzen 18 Divisionen, welche von Lemberg in Oberschlesien jeden Augenblick eintreffen können. Dringendste Forderung sei die Bildung eines schlesischen Freiwilligen Korps zum Heimatschutz, dem aus Heimatliebe alle Waffenfähigen beitreten sollten.

Protest gegen die Sozialisierung im Bergbau.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Essen hatte dieser Tage beschlossen, zur Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaues das Kohlenfundat den Verein für die bergbauischen Interessen und den Bergbauverband mit Kontrollkommissionen zu beauftragen. Da gegen hat der Bergbauverein am 12. Januar durch ein Telegramm an den Volksbeauftragten Ebert Einspruch erhoben, in dem es heißt:

Zur Sozialisierung der Steinkohlenbergwerke im Stadt- und Landkreis Essen beauftragte der Essener Arbeiter- und Soldatenrat und seine Mitglieder Landrichter und Gruben und je einen Vertreter der Spartakusgruppe und der Unabhängigen Sozialdemokraten mit der Kontrolle der Geschäftsführung des Bergbauvereins und des Bergbauverbandes. Es wird verlangt, daß jede gewinnliche Einsicht in die Bücher gewährt und allen Anordnungen unbedingt Folge geleistet wird. Wir erheben gegen diesen einseitigen Einmarsch in unseren Wirtschaftskreis und unser Eigentum mit aller Entschiedenheit Einspruch und bitten nachdrücklich daraufhin zu wirken, daß dieser rechtswidrige Zustand sofort wieder beendet wird. Bergbauverein und Bergbauverband sind rein private Vereinigungen von Arbeitgebern. Ein Einmarsch in ihre Verhältnisse stellt einen Bruch des Privatrechtes und der privaten Freiheit dar und steht im Widerspruch zu den wiederholten feierlichen Zusicherungen der gegenwärtigen Regierung. Der Bergbauverband ist als Arbeitgeber daselbst, was für Arbeitnehmer die Gewerkschaften sind. Nichtgewährung gleicher Rechte und Bewegungsfreiheit an beide widerspricht einer Grundforderung, welche bisher von der Arbeiterbewegung stets erhoben wurde. Sie rückt einen Verfall der Arbeitgemeinschaft der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in drohende Nähe, an der mitzuwirken wir ungern bereit gefunden haben, und deren Errichtung mit Zustimmung

der gegenwärtigen Regierung erfolgte. Nebenbei bemerkt, könnte es mit dem gleichen Recht, das der Arbeiter- und Soldatenrat Essen für sich in Anspruch nimmt, auch den Arbeiter- und Soldatenräten von Oberhausen, Mülheim, Bochum, Gelsenkirchen, Steele und so weiter befallen, auf unsere Geschäftsführung Einfluss auszuüben oder sie zu übergeben.

Freiheitsberaubung der Direktoren. — Störung der Kohlenversorgung.

Essen, 17. Januar. Wegen der vom Essener Arbeiter- und Soldatenrat zum Zwecke der Sozialisierung des Bergbaues eingeleiteten Maßnahmen hat der Bergbauverein in Essen folgendes Telegramm an den Volksbeauftragten Ebert in Berlin gerichtet:

Die gegen den Arbeiter- und Soldatenrat ergriffenen rechtswidrigen Maßnahmen und Eingriffe dauern fort. Die Unordnung im Revier hält an. Die Gas- und Elektrizitätsversorgung der Großstädte ist dauernd in Frage gestellt.

Gestern wurde uns der Streik des Wasserwerks Mülheim gemeldet, von dem der Betrieb zahlreicher Bienen, industrieller Werke und die Versorgung großer Städte und Gemeindebezirke abhängt. Um die Vermittlung vollständig zu machen, haben am 13. Januar die in Essen versammelten Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirkes die Durchführung der Sozialisierung des Bergbaues aus eigener Machtvollkommenheit beschlossen und zu dem Zwecke die Bildung von über zweihundert neuen „Räten“ (Belehrer, Bergrevierräte, Zentralbelehrer) eingeleitet. Auf verschiedenen Bienen haben Teile der Belegschaft die Direktoren und eine Anzahl oberer Beamten abgebetet und die Unterstellung der Bienen unter einen Betriebsrat verkündet. Wir befinden uns auf dem Wege zur völligen Auflösung aller Ordnung. Unsererseits muß jede Mitverantwortung für die verhängnisvollen Folgen dieser Zustände und die Unterdrückung der Unternehmertätigkeit abgelehnt werden, insbesondere für die Störung in der Kohlenversorgung Deutschlands, die dadurch weiter verschärft wird. Wir bitten insbesondere auch dafür Sorge zu tragen, daß den von den Betroffenen wegen Freiheitsberaubung, Haus- und Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Abtötung usw. zu stellenden Strafanträgen ordnungsmäßig Folge gegeben wird.

Deutsche Gefangene als Arbeitsklaven.

Genf, 17. Januar. Der französische Ministerrat versammelte sich gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Poincaré, um Beschluß der Kammer zu verlangen. An der Spitze der Tagesordnung stand die Beratung des Gesetzes für die Kriegsgesangenen. Ferner beschloß der Ministerrat, Kriegsgesangene zum Wiederaufbau der befreiten Gebiete zu verwenden. Bereits gestern wurde über ein Abkommen zu diesem Zwecke verhandelt. Ende März sollen mindestens 200 000 Kriegsgesangene im verwüsteten Gebiete arbeiten.

Rücktritt der unabhängigen Minister in Sachsen.

Dresden, 17. Januar. Die drei Volksbeauftragten, Minister Heßner, Geuer, Bruns haben unter „energischer Protest“ gegen die Willkür und Gewalttätigkeit der Leiter des Dresdener Arbeiter- und Soldatenrates, die von den anderen drei Ministern nicht mißbilligt, sondern gefürchtet werden, am Donnerstag ihre Ämter niedergelegt. Die Zurückgetretenen erklärten sich jedoch bereit, ihre Ämter bis zur Bestimmung von Nachfolgern weiter zu führen.

Rückkehr deutscher Zivilgefangener aus England.

Der Vertreter der englischen Regierung im Haag hat dem dortigen Vertreter der deutschen Regierung mitgeteilt, daß am 10. Januar und am 11. Januar 5 bis 600 deutsche Zivilinternierte England verlassen haben. Am 10. Januar sind auch bereits 350 deutsche Zivilinternierte in Rotterdam eingetroffen.

Erste Differenzen innerhalb der Entente?

Genf, 17. Januar. Das Pariser „Journal“ stellt fest, daß innerhalb der leitenden Ententeernte erste Differenzen bestehen. Es sind Meinungsverschiedenheiten entstanden anlässlich der prozentualen Vertretung der kleinen Staaten auf der Friedenskonferenz.

Oberst Houze gestorben?

Genf, 17. Januar. In diplomatischen Kreisen sind Gerüchte verbreitet, daß Oberst Houze, der Freund und Vertrauensmann des Präsidenten Wilson, in Paris plötzlich gestorben sei. Eine offizielle Bekätigung liegt noch nicht vor.

Italiens Kriegsverluste.

Nach einer Meldung des „Afficio Stampa“ teilt das Oberkommando mit, daß die Verluste der italienischen Heere auf allen Fronten im Kriege im ganzen 400 000 Tote, davon 16 362 Offiziere und 947 000 Verwundete, darunter 33 557 Offiziere betragen.

Bolschewismus auch in Spanien.

Nach einer Meldung der „Dain News“ aus Madrid ist die Regierung wegen der unruhigen Stimmung der Arbeiter in Spanien, vor allem in Katalonien und Andalusien, sehr besorgt. In Katalonien wurden mehrere Arbeitgeber ermordet. Die Täter sind in den meisten Fällen unbekannt geblieben. Die Regierung befürchtet eine bolschewistische Bewegung und hält die Russen in Spanien unter strenger Aufsicht. Die konservative Presse verlangt Unterdrückungsmaßnahmen, während die linken Blätter politische und wirtschaftliche Reformen empfehlen. Die Konservativen unter Davo bereiten einen Angriff auf die Regierung vor, deren Sturz in den ersten Tagen der neuen Cortes erwartet wird. Romanones hat erklärt, er sei bereit, seine Entlassung zu geben, wenn eine starke monarchistische Kombination die Zügel der Regierung in die Hand nehmen würde.

Revolutionäre Bewegung in Portugal.

Aus Madrid wird der „Agence Havas“ gemeldet, daß die revolutionäre Bewegung in Portugal am 2. Januar ausgebrochen ist. Ihr Ziel sei, die Mitglieder der Regierung durch Anhänger der Partei Machado zu ersetzen. Es soll zu Kämpfen gekommen sein, bei denen auch mit Geschützen geschossen wurde. Seit vier Tagen sind keine portugiesischen Zeitungen in Madrid eingetroffen. Nach Erzählungen von Reisenden ist am Freitag in Porto eine Truppenabteilung unter dem Befehl des Majors Margaride gegen die Streitkräfte aufrührerischer Demokraten vorgegangen, wobei zahlreiche Personen getötet oder verletzt wurden. Auf Ersuchen Margarides seien ihm hundert Mann Verstärkungen gesandt worden. Weitere Truppen seien in Braga und Villa Real zusammengezogen.

Forderungen der englischen Bergarbeiter.

Der Bergarbeiterverband in Southport hat einstimmig die Demobilisierung aller in der Flotte und der Armee dienenden Bergarbeiter, den Sechsstundenstag und die Nationalisierung der Bergwerke und Mineralische verlangt.

Dorpat besetzt.

Seltingfors, 17. Januar. Dienstag nachmittag 2 Uhr wurde Dorpat nach heftigem eifrigem Kampf von einem Panzerzug estnischer Infanterie genommen. Um 5 Uhr zog der Feind in Unordnung und unter Hinterlassung von Kriegsbeute zurück.

Seltingfors, 17. Januar. Nach Meldungen aus Reval haben die Bolschewiki dort einen eifrigen Rückzug angetreten. Als Grund wird eine in Petersburg ausgebrochene Gegenrevolution bezeichnet.

Politische Tageschau.

— Ein Kaufmann im Auswärtigen Amt. Wie die „Pol. Parl. Nachr.“ melden, hat der neue Staatssekretär des Auswärtigen für die Durchführung der Reform unseres Auslandsdienstes einen Helfer aus dem Wirtschaftlichen, den Kaufmann Dr. Köpfer aus Stettin gewählt, der zum Unterstaatssekretär ernannt worden ist. Der neue

Unterstaatssekretär war während des Krieges der Geandtschaft in Kopenhagen zugeteilt und hat dort unter dem Grafen Rankau wirtschaftliche und politische Fragen mit Erfolg bearbeitet. Das für die Durchführung der Aufgabe nötige vertrauensvolle Zusammenarbeiten zwischen den beiden Männern ist daher gesichert. (Dr. Köpfer ist Besitzer der Zementfabrik „Stern“ in Stettin.)

Aus den politischen Parteien.

Deffentliche Versammlung des Deutschnationalen Volksvereins Köln.

Die gestrige Versammlung des Deutschnationalen Volksvereins in Köln hatte wieder einen außerordentlich starken Zutritt aufzuweisen und den großen Raum bis auf den letzten Platz gefüllt. Als Redner des Abends sprachen Pastor Egelt, Thom und Generalsekretär Thomas-Stettin, die durch ihre vorzüglichen und klaren Ausführungen die Zuhörer fesselten und für die Deutschnationale Volkspartei einen entscheidenden Erfolg errangen. Die Rede des Pastors Egelt war ein offenes Bekenntnis von ihm, in dem er darlegte, welche Beweggründe ihn zur Deutschnationalen Volkspartei geführt haben. Der Redner betonte, daß er nie konservativ gewesen sei, es auch nie werden würde. Er habe der ehemaligen fortschrittlichen Partei angehört, in die er durch Pfarrer Naumann eingeführt wurde. Was ihn bewegen habe, sich der Deutschnationalen Volkspartei anzuschließen, könne er in drei Punkten zusammenfassen. Zunächst sei es die Gerechtigkeit der deutschen Sache, von der 1914 das ganze deutsche Volk durchdrungen war und zu dem auch er sich bekennen möchte. Dann sei es der deutsche Staatsgedanke, der ihn voll und ganz erfülle, ferner sei es der monarchische Gedanke, dem er persönlich zuliebe und der in seiner anderen Partei auf ähnlich günstigen Boden falle wie in der Deutschnationalen Volkspartei. Schließlich sei es die kirchliche Frage gewesen, die für ihn bestimmend gewesen wäre. Gerade diese Frage sei aber zuerst von der Deutschnationalen Volkspartei angeschnitten und in ihr Programm aufgenommen worden. Sie ist die erste gewesen, die die Gottesfrage hochgehalten habe. Der Redner betonte in seinem Schlusswort, daß das Staatschiff Ueberlast nach links erhalten habe und umzutippen drohe, deshalb müsse eine Anzahl seiner Insassen auf die rechte Seite treten, damit das Staatschiff weiter laufen könne, und er möchte allen zurufen: „Treten Sie auf die rechte Seite.“

Deutsche Frauen und Mädchen!

Heute ist der entscheidende Tag! Heute müßt Ihr auch alle Eure weiblichen Hausgenossen frei machen, daß auch sie ihrer Wahlpflicht nachkommen können, besonders Ihr, deutschen Landfrauen! Mit Euren zahlreichen Familiengliedern, mit Euren vielen Hausleuten seid Ihr im Stande, über die Massen zu siegen, wenn Ihr alle die „Deutschnationale Volkspartei“ wählt. Ihr siegt über die Massen, die nicht, wie Ihr, etwas zu verlieren haben. Heute müßt Ihr alle, wie zu einem Gottesdienste, den Weg zur Wahlurne gehen, denn es gilt auch den Kampf um deutschen Glauben, um Kirche und Schule, um Frieden und Ordnung, um das Wiedererstehen aller guten Mächte in unserem deutschen Volk! Darum deutschen Landfrauen, die Wagen angezogen und alles, was wählen kann, aufgeladen und zur Wahlstätte gefahren. Denken wir alle an Bismarcks Vermächtnis an die deutschen Frauen, das er uns hinterließ: „Ich sehe mein ganzes Vertrauen auf unsere deutsche Zukunft, auf das, was Goethe das ewig Weibliche nannte!“ Treten wir uns dieses großen Vertrauens würdig, wählen wir mit unserem ganzen Glauben die Partei, wo Bismarcks Erbe lebendig ist!

Die Deutschnationale Volkspartei!

Sodann sprach Generalsekretär Thomas-Stettin über das Thema: „Der Aufmarsch der Parteien zu den Wahlen“. Generalsekretär Thomas ist einer der wenigen Redner, die die seltene Gabe besitzen, nicht allein durch einen vorzüglichen oratorischen Vortrag, sondern durch ihre aus innerer Ueberzeugung vorgetragene Ausführungen die Zuhörer zu entzünden und für die Deutschnationale Sache zu gewinnen. So war es auch gestern: Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Darlegungen des Redners, der, wenn von gegnerischer Seite ein Zwischenruf ertönte, diesen sofort mit der ihm eigenen Treffsicherheit zu betämpfen wußte.

Der gestrige Abend war für jeden national denkenden Deutschen nicht nur ein Genuß, sondern eine Craudigung, und es kann nicht bestritten werden, daß die Deutschnationale Volkspartei am gestrigen Abend außer einem vollen Erfolg die Gewissheit erlangt haben dürfte, daß viele Wähler, die bisher noch abseits der Partei gestanden haben, sich ihr unbedingt anschließen werden. In der Diskussion versuchten zwar mehrere Vertreter verschiedener Parteien die Ausführungen der Redner in einigen Punkten zu widerlegen. Sie wurden aber durch die treffenden Erwiderungen der Hauptredner völlig lahmgelegt. Generalsekretär Thomas zergliederte in seinem Schlusswort die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner und wußte durch seine schlagenden und treffenden Erwiderungen ihnen die richtige Antwort zu geben.

Er widerlegte insbesondere der Führer der demokratischen Partei, Lehrer Katen, in scharfer, aber durchweg sachlicher Weise. Gegenüber dem nationalen Standpunkt, den Lehrer Katen eingenommen hatte, wies Thomas darauf hin, daß die Demokratische Partei ganz anders denke. Gerade das „Reichblatt“ des ersten pommerischen Kandidaten der Demokratischen Partei, des Bergrats Gotthein, habe von der „schweren Besorgnis“ gesprochen, die es bei dem geplanten Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien gehabt habe.

Der Redner richtete noch einmal einen Appell an das ganze Bürgertum, geschlossen gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen und forderte die Mitarbeit aller deutschen Männer und Frauen, die deutsch und national sind und denken. Denn wir alle wollen doch, daß der Deutsche wieder Achtung in der Welt gewinnt. Deshalb muß die Parole gelten: „Hinein in die Partei“, damit das Staatschiff geradeaus geht, einer lichtvollen Zukunft entgegen. —

Aus Stadt und Land.

Köln, den 18. Januar 1919.

Zum 19. Januar: Sonnenaufgang 8,03, Sonnenuntergang 4,10.

— Deutsches Land in Not. Keiner unter uns in Stadt und Land hat Tage erlebt wie die der letzten Monate. Nach höchstem Aufstiege ein jäher Fall. Und von allem Besitze blieb nur der eiserne Wille: Was auch immer geschah, wir müssen wieder hoch! Nicht aus leerer Stacht nach dem alten Glanze in Macht und Reichtum, sondern in der schreckenden Stut der Schmach, die über uns kam und weil wir trotz allem zu gut sind zum Untergange. Zu gut sind in unserer Arbeitsfreude, und zu gut sind auch in unserer vaterländischen Gefinnung, wie schwach wir darin auch werden erwidern. Am 18. Januar 1871 gründeten unsere Väter das Reich. Am 19. Januar 1919 muß nun ein neues deutsches Reich festigen. Es festigen im einia waldlichen Sinne, dem einer deutschen, nationalen und volksfreundlichen Politik. Oder soll verbrennen, was wir angebetet haben, soll in unsern Händen zerrinnen, was unsern Herzen so heilig war? Das deutsche Volk geht nicht unter, es sei denn, es tötet sich selbst. Schon sind Mörder am Werke! Sorget Alle, daß ihr Wirken zu Schanden wird.

Wählet nur die Deutschnationale Volkspartei.

— Wahlzettel nicht kniffen! Es dürfte noch nicht allgemein bekannt sein, daß die Wahlzettel am Wahltag unkniffen abgegeben

werden müssen. Gekniffene Wahlzettel sind ungültig. Sie müssen glatt, also nicht gefaltet, in den Umschlag gesteckt werden.

— In die Wahlzettel. Zur Vermeidung von Zweifeln sei richtiggestellt, daß nach der amtlichen Wahlanweisung der Wahlvorsteher nach der Wahl die abgegebenen Stimmen zu zählen hat, um festzustellen, ob etwa in einem Umschlag zwei Zettel enthalten sind und dazuzählen.

— Die Post an den Wähltag. Wie das Amtsblatt des Reichspostamts bekanntgibt, müssen sowohl am Tage der Wahlen selbst wie am Tage der Ermittlung des endgültigen Wahlergebnisses alle beteiligten Postanstalten so lange im Dienst bleiben, bis der erwartende Verkehr erledigt ist. Dies gilt auch für die an den Wähltag und auf den Ermittlungstag folgenden Tage, so lange noch starker Verkehr aus Anlaß der Wahlen herrscht oder zu erwarten ist.

— Aushbung der evangelischen Frauenhilfe. Des Provinzialvereins Frauen der Pommerischen Frauenhilfe, des Provinzialvereins Evangelischer Jungfrauenvereine in Pommern, des Landes Deutsch-Evangelischen Frauenbundes, sowie der Diakonischen Deutsch-Evangelischen Diakonieverein in Pommern, Mutterhäuser und des Evangelischen Diakonieverein für Innere Mission denen sich der Pommerische Provinzialverein für Innere Mission angeschlossen hat, haben eine Kundgebung erlassen, in der unter anderem es heißt: „In voller Uebereinstimmung mit der Rechtsprechung unserer evangelischen Landeskirche vom 30. November 1918, hinter die wir einstimmig, willfährige und verfassungswidrige Bespruch gegen jede einseitige, willfährige und verfassungswidrige Veränderung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat. Wir fordern für die Kirche, welche die religiösen und sittlichen Güter des Volkes zu wahren hat, auch ferner die schulische Rückkehr in das öffentliche Leben. Sonn- und Feiertagsheiligung und Gottesdienst sollen geschützt sein. Entschieden die Verwahrung über legen wir ein gegen eine Entkräftigung der Schule. Evangelische Frauen und Jungfrauen Pommerns, stellt das Recht, das euch zuteil geworden ist, in den Dienst des Evangeliums! Lezt eure Stimme da in die Waagschale, wo man auf das bestimmte Eintreten will für das christliche Haus, die christliche Schule, die christliche Sittlichkeit.“

— Konzert Arnold Bölsch. Nach vielem Hin und Her kam denn auch endlich Arnold Bölsch mit seinem teuren Cello bei uns an. Es gab da am Donnerstag nachmittag viel Virtuosen, aber auch manches Beachtenswerte. Beethovens Sonate Nr. 29 op. 69 hörte ich erst vor einigen Wochen von Menckel, mit dessen großer Auffassung sich die heutige Wiedergabe freilich kaum messen konnte. Es muß aber anerkannt werden, daß Arnold Bölsch ein sein Begleiter Prof. Ernst Gross, den Stammerlitten hier ebenso gut traf, wie später im zweiten Teil im Haydn-Adagio. Die beste Gabe des Abends war das Cello-Konzert C-dur von d'Albert. In diesem ist d'Albert ebenso programmatischer Musiker, wie in seinen Klavierwerken, wenn er auch der Form nach gern für absolut gelten möchte. Arnold Bölsch aber liegt das Programmatische der Moderne entschieden besser, als das Abstrakte der Klassiker. Er hob die leitenden Gedanken des epischen Wertes der Klavier hervor und bot, unterstützt von gutem technischen Können, eine nach innen und außen vollendete Leistung. Die sonstigen zum Teil recht stürmischen Erfolge waren vor allem in Bölschs großer Technik begründet. Bölsch verfiel über einen guten Strich und einen sicheren, auch in den Doppelgriffen lauberen Fingerring. Geleit und Hand sind virtuos ausgebildet, und die Klavier-Technik zeigt den Meister des Instruments. Schwere-richtigen technischer Art gibt es für den Künstler kaum, der bei weiterer Vertiefung seiner musikalischen Auffassung die Hoffnungen nicht erfüllen wird, die einige Kritiker in ihr setzen wollen. Dazu gehört allerdings auch, daß er sich zu den Forderungen der modernen Programmmusik bekennt. Die heutige Programmmusik war eine hohe Zusammenstellung ganz ohne leitende Gesichtspunkte, was auch durch die nachträglichen Veränderungen durchaus nicht gebessert wurde. — Professor Gross als Begleiter wurde seinem guten Instinkte vollkommen gerecht. Auch er gab in d'Alberts Konzert sein Bestes.

— Die neuen Kriegsteuern. Die Gehebtwürfe über die Kriegsgewinnsteuern, die eine Kriegsalgabe für 1919 und eine Kriegsalgabe vom Dezember 1918 vorsehen, werden im Reichsanzeiger veröffentlicht. Die Abgabe soll so gestaltet werden, daß niemand vom Kriegsgewinn mehr als höchstens 100 000 Mark behält. Drei-tausend Mark vom Vermögenszuwachs bleiben steuerfrei. Bei einem Vermögenszuwachs während des Krieges von 100 000 Mark soll die Abgabe 10 000 Mark betragen, bei mehr als 100 000 Mark 20 000 Mark, bei 200 000 Mark 30 000 Mark, bei 300 000 Mark 40 000 Mark, bei 400 000 Mark 50 000 Mark. Einkommen, die während der Kriegszeit erfolgt sind, machen nicht steuerfrei, auch Erwerbungen von Juwelen, Gütern und so weiter fallen unter die Steuer. Der wirkliche Erlassung der Kriegsgewinne dient eine verschärfte Auskunftspflicht.

— Reiseerlaubnis. Vom 16. d. Mts. ab dürfen Reiseerlaubnisbescheine nur noch gegen eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde (Städtische Polizeiverwaltung oder Amtsvorsteher) über die unbedingte Notwendigkeit und Unausweichbarkeit der Reise ausgestellt werden. Für Reisen von Danzig, Elbing und Graudenz verbleibt es bei dem bisherigen Verfahren.

— Reiseerlaubnisbescheine sind vom gleichen Tage ab erforderlich für alle Reisen der Zivilpersonen von und nach allen Stationen des Direktionsbezirks Danzig und nach allen Stationen anderer Bezirke. Ausgenommen bleiben nur der Danziger Vorortverkehr, der Arbeiterverkehr auf Rückfahr- und Wochenarten und die Dienstreisen der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten.

— Die Fischerei in der Ostsee teilweise freigegeben. Die Fischerei in der westlichen Ostsee nach der dänischen Grenze bis Darsser bis 5 Seemeilen an das baltische Hoheitsgebiet und in der östlichen Ostsee von Moen-Darsser bis zum Breitengrad 55 Grad 50 Minuten innerhalb eines Streifens von 10 Seemeilen von der deutschen Ostseeküste ist freigegeben worden. Diese Freigabe bleibt abhängig von der Einhaltung der angegebenen Grenzen und der Aufrechterhaltung der Blockadebedingungen.

— Volkswort. Getreidebeschiebung. Durch den hiesigen Arbeiter- und Bauernrat wurde auf der Salzstelle Gubmin ein Möbelwagen mit Beischlag belegt, in dem 42 Zentner Gerste und 16 Zentner Hafer nach Hamburg verschoben werden sollten. Das Getreide wurde nach hier überführt und bis zur weiteren Entscheidung gelagert.

— Vabli. Zu großen Ausfäureungen kam es am Dienstagabend in unserer Stadt. Im Gastlokal des Kaufmanns Meyer befanden sich ein Aderbürger, zwei Händler und ein Bauer, die mit den Geschäftsgastgeboten in Tätschleiten gerieten, wobei letztere und der 18 Jahre alte Inhaber mißhandelt wurden. Danach wurde der Laden geplündert und die Scheiben einbeschlagen. Nach diesen Taten begaben sich die Aufreißer zum Kaufmann Bendich, rissen das Telefon ab und stahlen Wein, Kognak, Raaren und Zigaretten. In der Gaststube mißhandelten sie den Apotheker Pugenius und warfen ihn auf die Straße, rissen ihm die Hase auf, und brachten ihm zwei Kopfwunden bei. Man rief den Arbeiter- und Soldatenrat zu Hilfe, und diesem ist es zu danken, daß der Aufwand nicht weiter um sich griff. Die Sicherheitsmannschaften gaben erst zwei Schreckschüsse ab, und als diese nichts fruchtbarer schienen sie schiav; einer der Aufreißer erhielt einen Oberarmstich, ein weiterer namens Nagmann einen Bauchstich, dem er erlegen ist. Die anderen beiden Aufreißer sind festgenommen und in das Neukettiner Gefängnis geschafft. Auch die Neukettiner Gefängnis war zur Hilfe angerufen, die fünf Mann im Auto nach Vabli entliefen.

Vermischtes.

— Explosion eines Munitionsdepots. In Ostende ist ein deutsches Munitionsdepot explodiert. Vier Personen wurden getötet, 23 verwundet, 2 werden vermisst.

— Einstellung des Pakets- und Verkehrsverkehrs nach Polen. Infolge der Unterbrechung des Betriebes auf den wichtigsten Eisenbahnstrecken hat der gesamte Paket- und Verkehrsverkehr nach dem Bezirk Polen bis auf weiteres eingestellt werden müssen.

— Straßbahnenverkehr in Frankfurt am Main. Die Straßbahn-Anschlüsse in Frankfurt am Main traten gestern in den Verkehr. Der gesamte Betrieb ruht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Robert Bippel, für den Anzeigenteil: Max Spang. Druck und Verlag der Fürstentümer Zeitung, A. G. Sämtlich in Köln.

Bekanntmachung.

Zur Leberverteilung an Schuhmacher ist ein Sperrlager in Köslin bei der Firma Ernst Simon eingerichtet. (Unter Verteilungsstelle A. J. Senger, Köslin). Für Sattler bestehen folgende Sperrlager:

- J. Neppen, Kolberg.
- Rudolf Daniel, Stargard.
- Kunze und Ritter, Stettin.
- J. Sabaghn und Co.
- Alfred Grau, Stolp in Pommern.
- Gebr. Blach, Stralsund.
- Carl Joh. Voepke, Wolgast.

Sattler können bei der erstmaligen Verteilung 13 Kilogramm, Schuhmacher eine erstmalige Zuweisung von 6 Kilogramm bekommen.

Die Bestimmung über die Verteilung ist Rathaus, Zimmer 16, einzusehen. Dasselbe liegen auch die Darlehensbedingungen fest aus.

Bezüglich Nähgarne für das Schneidergewerbe bemerken wir, daß seitens der Zentralfelle Deutscher Schneider-Rohstoff-Gesellschaften in Berlin die Verteilung vorgenommen wird. Kleinere Quantitäten von Garn, grau und schwarz (1-2 Rollen pro Schneider) wird, solange der nur noch geringe Vorrat reicht, von der Handwerkskammer Stettin aus gegeben. Dagegen ist Nähseide, Knopflochseide und Maschinenseide (schwarz und farbig) bereits freigegeben und zu beziehen bei der Firma Mez, Vater und Söhne, Freiburg i. Br., Seidenzwirnerei und Häberei.

Für Kupfer, Zinn, Blei, Zink und Wachs bekommt die wirtschaftliche Zentrale der Handwerkerlieferungs-Gesellschaft m. B. H. Stettin, demnächst aus dem Sperrlager größere Zuweisungen. Dagegen ist bereits jetzt in ausreichender Menge

- Zinkblech Nr. 8, 9, 11, 12, 13,
- Zinnerz mit Vulkan und ohne Vulkan,
- Drahtnägeln, Nohrnägeln,
- verzäunte Bleche

bei der Firma J. F. Deaner, Stettin, erhältlich.

Petroleum auf Freigabe bei der Zentralfelle für Petroleumverteilung, Berlin NW. 6, Schiffsbauerdamm 15.

Soda auf Freigabe bei der Zentralfelle für Sodaverteilung, Berlin W. 9, Eichhornstraße 4 oder Berlin W. 10, Regentenstraße 23, Kristallierter Soda ist vorläufig freigegeben.

Benzin und Benzol auf Freigabe bei der Inspektion für Kraftfahrzeuge Berlin W. 85, Potsdamerstraße 111.

Spiritus für Kölsche: Stettiner Spiritwerke, Stettin, Breslauerstraße 3. Für Kochzweck: Reichsbranntweinstelle, Berlin W. 9, Schillingstraße Nr. 14-15.

Lein für Maler (75 kg.), und für Tischler (4 1/2 kg.) auf Notbezugschein bei dem Vorsitzenden der Kammerischen Bezugsvereinigung Herrn Tischlermeister Barteldt, Stettin, Preussischestraße 33.

Verteilungsstelle Dumke, Köslin für Tischler, Maler, Buchbinder, Wagenbauer.

Quellstärke für Maler, Lieferant wie vorher.

Kartoffelmehl, Kleister auf Notbezugschein, Lieferant wie vorher.

Weiden grüne, harte Qualität, bei Tornow, Stettin, Blumenstraße 10 und Nordmaler-Obermeister Voigt, Stettin, Speicherstraße 35.

Zement in beliebigen Mengen beim Norddeutschen Zementverband, Stettin, circa drei Waggons liegen bei A. Treptow, Buchwalderstraße 30.

Lein für Tischler in beliebigen Mengen bei Wolfert und Heinrich, Stettin, Oberwied 56-57.

Fahrradbereitungen, laut Schreiben des Reichsverwertungsamtes können solche nur an Behörden und Bedürfnistaste, wie Metzger, Tierärzte, in erster Linie mit Landpraxis, Hebammen, Kriegsschädigte, abgegeben werden. Die Handwerker haben sich an die Fahrradhändler zu halten. Ferner verweisen wir an die Metallberatungs- und Verteilungsstelle für die Deutsche Fahrradindustrie, Brandenburg an der Havel.

Holz erhältlich bei der Sägewerk, Stettin-Rauendorf, Derrmeisterstraße 4.

Kohlen zu wenden an die Kreisohlenstellen, Köslin, den 16. Januar 1919.

Der Magistrat. Ausschuss für den Wiederaufbau des Handwerks. M. H.

In Anbetracht an die entsprechend meiner Bekanntmachung vom 8. Oktober 1918 erfolgte Anmeldung erfolgt nunmehr der Wagnerverkauf, und zwar erhält jeder Verbraucher das Garn bei der Firma, bei welcher er sich als Kunde hat einzeichnen lassen. Diese Plamen gehen an die in ihrer Kundenliste eingetragenen Personen das Garn nur dann ab, wenn ihnen die entsprechenden Abschnitte Nr. 74 der Lebensmittelkarte für die Stadt Köslin und Nr. 48 der Lebensmittelkarte des ländlichen Kreises Köslin abgegeben werden. Für je drei Lebensmittelkartenabschnitte besteht ein Anspruch auf eine Rolle Garn. Die Abnehmer sind verpflichtet, sofern zu ihrem Haushalt nicht drei Personen gehören, sich mit anderen Personen zusammenzutun, jedoch insgesamt mindestens drei Abschnitte dem betreffenden Kaufmann übergeben werden können. Eine Teilung der Rollen durch den Kaufmann erfolgt nicht.

Soweit die Selbstverfasser keine Lebensmittelkarten haben, können sie das Garn auf Abschnitt 1 der ihnen in allernächster Zeit zugehenden Lebensmittelkarten für Selbstverfasser entnehmen. Köslin, den 13. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses, von Eichenhart-Nothe, Landrat.

Bekanntmachung.

Der Herr Minister des Innern hat über die Zulassungslegitimierung der ausländischen Arbeiter für das Jahr 1919 folgendes bestimmt:

A. Dem Legitimierungswange unterliegen, wie bisher, grundsätzlich alle im Inlande beschäftigten ausländischen Arbeiter mit Ausnahme derjenigen Arbeiter, die im Auslande wohnen und täglich über die Grenze zur Arbeitstätte kommen.

B. Nach den von jeder gütigen Bestimmungen sind auch fernherhin zu behandeln:

a. Anträge auf Neuausfertigung von Legitimationskarten für Arbeiter, die bisher noch niemals legitimiert waren;

b. Anträge auf gebührenfreie Erneuerung der Legitimationskarten für diejenigen Arbeiter, die bereits im Jahre 1918 gebührenfreie Karten erhalten hatten (Vordruck „gebührenfrei“ auf diesen Karten);

c. Anträge auf Erneuerung der Legitimationskarten für die im Jahre 1918 neu legitimierten, im Inlande verbliebenen Arbeiter, mit Ausnahme der Inhaber roter und gelber Legitimationskarten, sowie der Inhaber weißer Karten, soweit sie russische oder ehemalige russische Staatsangehörige sind. (Verf. G.)

G. Für die Legitimierung der weiter hier beschäftigten Inhaber roter und gelber Legitimationskarten, sowie der Inhaber weißer Karten, soweit sie russische oder ehemalige russische Staatsangehörige sind, gelten die folgenden Bestimmungen:

1. Diese Arbeiter sind verpflichtet, bis spätestens 31. Januar 1919 bei der Ortspolizeibehörde ihrer Arbeitsstelle den Antrag auf Ausstellung einer neuen Legitimationskarte zu stellen. Dem Antrag sind die vorjährige Legitimationskarte und die Heimatspapiere beizufügen. Auch wenn die vorjährige Legitimationskarte aus einem in dem Antragschreiben näher zu bezeichnenden Grunde nicht beigefügt werden kann, muß der Antrag innerhalb der vorbestimmten Ausschlussfrist gestellt und es muß gegebenenfalls inhaltlich die Nummer der vorjährigen Legitimationskarte angegeben werden.

2. Für die bis zum 31. Januar 1919 bei den Ortspolizeibehörden beantragten Legitimationskarten ist die Vorzugsgebühr der sonstigen Grenzlegitimierung von 2 Mark zu entrichten. Bei später gestellten Anträgen beträgt die Gebühr 5 Mark.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, ihren Arbeitern den Abschnitt C. 1 und 2 inhaltlich bekannt zu geben, nötigenfalls für die Stellung des Antrages durch ihre Arbeiter Sorge zu tragen und ihnen dabei behilflich zu sein.

Wir werden demnächst durch eine Revision uns davon überzeugen, ob die Legitimierung ordnungsmäßig durchgeführt ist. Köslin, den 11. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung. Dr. Fuß.

Bekanntmachung.

Auf Bezugabschnitt Nr. 4 der Protokollkarte des Kreises Köslin wird am Mittwoch, den 22. dieses Monats ein halbes Pfund Marmelade für die Landbevölkerung aus gegeben.

Die Abschnitte sind dem Lebensmittelamt seitens der Kaufleute in zu liefern.

Der Kleinhandelshöchstpreis ist auf 1 Mark für das Pfund festgesetzt. Köslin, den 17. Januar 1919.

Der Magistrat.

Die nächste Plenarsitzung des Arbeiter- und Soldatenrats findet am Montag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr pünktlich, statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Köslin, den 17. Januar 1919.

Der Vollziehungsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats Köslin. Dressel, Koppe.

Bekanntmachung zum Wahltage!

Laut Beschluß des Soldatenrats Köslin und der Seezug-Kation West übernimmt am Wahltage die Vertretung der Seezug-Kation West in Verbindung mit dem Salakion Kiel.-Auf.-Regts. Nr. 9 den Wach- und Sicherheitsdienst, um den Wahltag in Köslin zu gewährleisten.

Der Soldatenrat der Garnison.

Übernahme von laufenden Buchführungen und Revisionen

(auch an Ort und Stelle), Aufarbeitung rückständiger Bücher, Aufstellung von Vermögensübersichten,

Bearbeitung von Steuerklärungen, sowie Ausübung jeder buch- und rechnerischen Tätigkeit überhaupt.

Buchführungsstelle der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern, Zweigstelle Stolp in Pommern, Küsterstraße 30, Fernruf 632.

Ostbank für Handel u. Gewerbe.

Günstige Verzinsung von Spareinlagen. Gewährung von Darlehen zu billigen Zinssätzen. Beleihung von Hypotheken und Wertpapieren. Ankauf von Wechseln. Bargeldloser Zahlungsverkehr.

Depositenkasse Köslin. Hohetorstr. 2. Fernruf 4.

Öffentliche Versteigerung.

Am Montag, dem 20. Januar, von 10 Uhr ab werden auf dem Hofe des Herrn Reichelt Herber, Hospitalstraße,

140 teils größere Militärzugpferde

öffentlich meistbietend versteigert. Es kommen nur Angehörige des Kreises Köslin in Betracht. Für den Verkauf gelten die bekannten Bestimmungen. Garnisonkommando Köslin.

Ferkel-Abnahme

Dienstag, den 21. Januar 1919, in Köslin, Altbazin und Hohenfelde.

Preis pro Pfund 3.00 Mark. Kösliner Viehverwertungs-Genossenschaft.

Städtischer Fischverkauf.

Von morgen ab - vorausgesetzt, daß Fische eintreffen - Verkauf für die Bezirke 13 und 14. Köslin, den 18. Januar 1919. Der Magistrat.

Bin an das Fernsprech-Netz unter

Nr. 502

angeschlossen. Kurt Modigell, Maler, Tapeten- u. Farbengeschäft, Bergstraße 30.

Kaufe, ev. zum Geben angenommen: Hirsch-, Reh-, Fuchs-, Kaninchenfelle usw.

Max Weisfuß, Gerbereibesitzer, Geberstr. 12a.

Katholischer Männerverein Köslin.

Versammlung im Kyffhäuser, Friedrichstraße 8, am 20. Januar, abends 8 Uhr. Vortrag des Herrn Oberingenieurs Rudolph:

„Meine rumänischen Erlebnisse“.

Der Vorstand. Prof. Dr. Rottländer, 2. Vorsitzender.

Turnverein Köslin E. V.

gegründet 1861.

Die ordentliche Hauptversammlung

findet Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal (3 e l s Festhalle) statt.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. (Verwaltungs-, Turn- und Kassenbericht.)

2. Rechnungslegung.

3. Neuwahl des Gesamtvorstandes, des Ehrenrats und der Ausschüsse.

4. Geldbewilligungen.

5. Eingelaufene Anträge (§ 15 des Grundgesetzes).

6. Verschiedenes.

Staubenabteilung. Dienstag, den 21. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Mädchenturnhalle Hauptversammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht.

2. Neuwahl des Abteilungs Vorstandes.

3. Anträge und Verschiedenes. Hierzu laden wir unsere Mitglieder ein.

Der Vorstand. Prof. Dr. Rottländer, 2. Vorsitzender.

Kleine Privatanzeigen des Kösliner Volksblatts.

Arbeitsmarkt.

Hausmädchen gesucht. Frau Krimphove, Danzigerstraße 35, 1.

3. 1. April **Kuhfütterer** gef., welcher die Wartung von 50 Stück Vieh und das Melken von 30 Kühen übernimmt, z. gleichzeitig **unverh. Schmied** gesucht. Dom. Schaeferweg b. Köslin.

3 Arbeiterfamilien zu gleichzeitig bezug. 1. April mit Hofgänger sucht. Dom. Timmenhagen.

Zum 1. April werden ein **verheirat. Stellmacher** und **2 Deputantenfamilien** gesucht. Domäne Neuenhagen. Meldung Neuetorstr. 58.

Verheirateter Gutschmied, mit Beschlag und Reparatur aller landw. Masch. vertraut, wird mit Zuschläger für Schmiede mit elektr. Betriebe zu sofort oder 1. April gesucht. Domäne Palzwitz bei Rügenwalde. Taucher.

Zum 1. April d. Js. gesucht **tüchtiger Hofmeister.** Dom. Altmarrin bei Fritow, Bez. Köslin.

Arbeiterfamilien mit Hofgänger bei hohem Lohn stellt noch ein. Dom. Welschberg (Kleinbahn Schwelin).

Aufwärterin für einige Vormittagsstunden gesucht. Danzigerstr. 50.

An- und Verkäufe.

Ein starkes 4 bis 6spann. **Kofwerk,** gut erhalten, suche zu kaufen. 3 gut erhaltene, wenig gebrauchte Rübenschnneider, 1 Käteburger Häckselmäschine und 1 Eissendreschkasten habe preiswert abzugeben. Maschinenbau H. Rottle, Hohenfelde (Pomm.)

Zuwagen und schwerer Ackerwagen billig zu verkaufen. Tesmarshof.

Verkaufe einen gut erhaltenen **Reit-Sattel** mit Satteldede und Zaum, ferner eine **Waschtoilette** aus Marmor. Rosenkranz, Ederndauß.

2 stärkere überzählige und 2 leichtere junge **Pferde** u. 1 **Schlachtpferd** verkauft. Dom. Schaeferweg bei Köslin.

Echte Bronze-Puthähne zur Jagd verkauft. J. Mix, Köslinerstr. 18.

Eine hochtragende **Kuh** zu verkaufen. Tesmarshof.

Wohnungen, Zimmer.

3- bis 5-Zimmer-Wohnung für 11 Beamtenfamilie zum 1. 4. gefucht. Angeb. b. d. Geschäftsst. der Ztg. unter D. 108.

Es sind zu vermieten: **2 Zimmer und Küche,** gleichzeitig mit Arbeitsgelegenheit auf Ziegelei, **1 Zimmer und Küche,** Aufwartestelle wird mitvergeben. Das städtische Wohnungsamt.

Möbliertes Zimmer von alleinstehendem Herrn sofort gefucht. Offerten erbeten unter S. 112 an dies Blatt.

Möbl. Zimmer, möglichst mit Licht, sucht ab 28. 1. Studienrefer. Off. u. D. 110 an Gesch. d. Bl.

3-Zimmerwohnung zum 1. April gefucht. Vermittlern 50 Mark Belohnung. Näheres Hohetorstraße 33.

Grundstücks- und Geldverkehr.

Zu kaufen gefucht **Landhaus** mit 6-7 Zimmern und Nebenräumen, Obst- und Gemüsegarten, in der Nähe Köslins od. Kolbergs, möglichst nahe der Bahn. Offert. unter C. 111 an das Kösliner Volksblatt.

Das Hausgrundstück Fabrikstr. 10 mit Laden und Aufahrt verkauft sofort. Lüttschwager, Quebestr. 4.

Hypotheken, mehrere in verschiedener Höhe, sind alsbald, auch zum 1. April, als sichere Hypotheken auszuliehen. Reg.-Sekt. a. D. Karl Schulz, Pöhlstr. 28.

Jener Mann, der am Freitag nachmittags gegen 1/4 Uhr vor dem Kolonialwarengeschäft Wolff, Holzmarkt, eine **schwarze Brieftasche** mit 1800.00 Mark Inhalt aufhob, wird gebeten, diese gegen hohe Belohnung bei dem Kaufmann Wolff, Holzmarkt, abzugeben, anderenfalls ist Antrag auf Strafverfolgung einreichen werde. **Fran Witwe Pasko,** Köslin.

Kösliner Veranstaltungen.

Sonnabend, den 18. Januar. Deutsche Volkspartei: **Öffentliche Volksversammlung** abends 8 Uhr bei Zels, Grünstraße. Sonntag, den 19. Januar. Wahlen zur Verfassung gebenden deutschen Nationalversammlung von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr in den 14 Stadtbezirken. Montag, den 20. Januar. Gründung einer Ansiedlungs-Gesellschaft, 11.30 Uhr vormittags im Klub, Bergstraße.

Unsere Zeit verlangt Klarheit! Links oder rechts ist die Parole!

Bürgertum oder Sozialismus!

Mit dem Mittelweg verloren wir den Krieg!
Der Mittelweg brachte uns die zweite Revolution!
Der Mittelweg kostet uns die Provinz Posen!

Der Mittelweg ist für schwankende Gestalten,
die bald links bald rechts den Anschluß suchen!

Uns helfen nur klare Ziele und sichere Richtung!

Wer die Herrschaft der Sozialdemokratie nicht will, darf ihre Steigbügelhalter, die Deutschdemokraten, nicht wählen; sie verrieten das Bürgertum und lehnten die Listenverbindung ab, die den Sozialdemokraten zwei Mandate in Pommern kosten konnte.

Klares Ziel hat die Deutschnationale Volkspartei!

Ihre Kandidaten sind:

- | | |
|--|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Gustav Mallewitz, Zeitungsverleger, Ehrenmeister der Handwerkskammer Stettin, Stettin, Friedrich-Karlstraße 19. 2. Willy Jandrey, Bauerhofbesitzer, Klein-Radow, Kr. Regenwalde. 3. Margarete Behm, Hauptvorsitzende des Gewerkschafts der Heimarbeiterinnen, Zehlendorf bei Berlin. 4. Hermann Ginoslas, Postsekretär, Stettin, Gabelsbergerstraße 8. 5. Rudolf Glender, Arbeitersekretär, Stolp i. Pom. | <ol style="list-style-type: none"> 6. Hans Schlang, Landwirt, Schöningen, Kr. Randow. 7. Bruno Orthmann, Lehrer, Stettin, Pestalozzistr. 8. 8. Ernst Menzel, Syndikus der Handwerkskammer Stettin, Stettin, Münzstraße 12. 9. Elise Wallis, Gutsbesitzerin, Stilmow, Kr. Greifswald. 10. Otto Peglow, Bauerhofbesitzer, Streiß, Kr. Köslin. 11. Emil Steitner, Mühlenbesitzer, Zaben, Kr. Greifswald i. Pom. |
|--|--|

Gibt nur Stimmzettel mit diesen Namen ab.

St. Marienkirche.

Am Dienstag, dem 21. Januar, 8 Uhr:

Geistliche Lieder

moderner Tonsetzer,
gesungen von Herrn Süßke Tenor) und Fräulein Herenz (Sopran).
Orgel und Violine: Herr Kantor Voigt.

Programm:

- | | |
|--------------|--|
| Orgel: | Karg-Elert: Prolog. |
| Sopran: | Hugo Wolf: Zum neuen Jahre. |
| Tenor: | Konstant Berneder: Arie a. d. Kantate „Gott ist meine Zuversicht“. |
| Violin solo: | Richard Barsh: Ciacona. |
| Sopran: | Wagner: Der Engel. |
| Orgel: | Brahms: O Welt, ich muß dich lassen. |
| Tenor: | Brahms: Auf dem Kirchhof. |
| Orgel: | Grieg: Traue marsch. |
| Orgel: | Paul Erdl: Allegro. |
| Sopran: | Hugo Wolf: Führe mich, Kind, na Bethlehem. |
| Violine: | Reinhold Oppel: Thema und Variationen. |
| Tenor: | Wolfram Be ger: Wenn unser Herz der Liebe denkt. |
| Orgel: | Sollt ich meinem Gott nicht singen |
- Altarraum und Emporen 2 Mark, Mittelschiff 1 Mark.
Freiarten für unbemittelte Interessenten stehen gerne zur Verfügung durch Herrn Voigt.
Vorverkauf bei den Herren Hoffmann, Ludwig und Grünthal.
Die Kirche ist gut geheizt.

Deutsche Volkspartei.

Unser Stimmzettel hat an der Spitze den Namen:

≡ Dr. Fritz Mittelmann ≡

Nationalliberaler Verein Köslin.

Sachse, Justizrat. Reinsfeld, Bauerhofbesitzer. Hübner, Steuerinspektor. Schäfer, Fabrikbesitzer.

Schutzverband der Kirche

vertritt für eine selbständige Volkskirche folgendes Mindestprogramm:

1. Gewähr ruhiger, besonnener Überleitung in eine neue Kirchenverfassung, soweit erforderlich,
2. Erfüllung der rechtlichen finanziellen Verpflichtungen des Staates für das Kirchenwesen,
3. Erhaltung des steuerlichen Charakters der Kirchenabgabe in irgend einer Form,
4. Schutz der Sonn- und Feiertagsheiligung,
5. Erhaltung des Religionsunterrichts in der Schule,
6. Erhaltung der theologischen Fakultäten an den Universitäten.

Diese Forderungen gilt es durchzuführen für die Entwicklung inneren christlichen Lebens. Dazu ist äußerste Mitarbeit der Mitglieder und Freunde der Kirche in unserer Provinz nötig. Darum die herzlichste Bitte um sofortigen Anschluß (auch von Vereinen). Mitgliedsbeitrag 2 Mk. oder mehr. Meldungen sind zu richten an folgende Mitglieder vom

Arbeitsausschuß:

- | | |
|---|--|
| Stadtrat Knust, 1. Vorsitzender, Birkenallee 9, | Frau Pastor Bernhard, Pöhligerstr. 33, |
| Pastor Münchmeyer, 2. Vorsitzender, Auquafstr. 23, | Frau Geh.-Rat Hempel, Grabowerstr. 2, |
| Buchhändler Burmeister, Schöngemeister, Elisabethstr. 53, | Frl. Gertrud Hoppe, Kronenhofstr. 19, |
| Konjul W Ahrens, Pöhligerstr. 8, | Pastor Lic. Jüngst, Alie Falkenwalderstr. 5, |
| Frau Major v. Ritter, Kaiser-Wilhelm-Str. 92, | Kaufmann Oskar Krüger, Wickenberg 16, |
| Gymnasialdirektor Geh. Studienrat Prof. Dr. Nieße, Deutschestr. 14, | Pastor Renner, Pestalozzistr. 7, |
| Frau Clara Schlegel, Falkenwalderstr. 52, | Pastor Schröder, Kronprinzenstr. 30, |
| Apotheker Bischof, Luisenstr. 6-7, sämtlich in Stettin. | Mitglieder aus der Provinz werden noch hinzugewählt. |

Nach langjähriger Tätigkeit an der Univ.-Augenklinik zu Greifswald habe ich mich in Stettin Al. Domstr. 21, 1 Trp. als

Augenarzt

niedergelassen.
Dr. med. W. Kießling.

Halte künftig Sprechstunde
Werktaglich 10-12, 4-5.
Sonnabends nachm. u. Sonntag
keine Sprechstunde.

Dr. Helwig

Spezialarzt
für Lungen- und Herzleiden.
Stettin, Karlsruhstr. 2. Fernruf 568.
Röntgeninstitut.

Ausunft umsonst bei
Schwerhörigkeit,
„ Ohrgeräusch „
nerv. Ohrschmerzen.
Glänzende Anerkennungen
Sanis-Verband München. 626 h

Deutsche Volkspartei.

Nationalliberaler Verein Köslin.

heute, Sonnabend, den 18. Januar, abends 8 Uhr bei Zelt

Öffentliche Volksversammlung.

Ausprache über alle bürgerlichen Interessen.

Der Vorstand.
Sachse.

Bettnäßer

erhalten Ausunft umsonst bei
Alters- und Geschlechtsangabe.
Sanis-Verband München 327.

Hämorrhoiden

Verband von aufklärenden
Brotschären durch die
Reichert'sche Apotheke,
Elbing.

Ein Wagen-Gestell

mit Sitzstuhl verkauft
Pagel, Poppenhagen.

Prima Wagenfett

(keine Teerschlure)
empfiehlt

J. Nowak.